2006, Ausgabe Nr. 5

09.04.2006

Greenplease Newsletter

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

Eine Reise über Gladbecks Baustellen

Stadtbaurat Stojan referierte im Café Zukunft

Nach welchen städtebaulichen Grundsätzen soll sich Gladbeck weiterentwickeln? Diese Frage beantwortete am vergangenen Mittwoch Stadtbaurat Michael Stojan im Rahmen der grünen Diskussionsreihe "Café Zukunft".

Unter Führung des Hochtief-Bauleiters Markus Haarla verschafften sich Vertreter der Grünen einen Eindruck über den Baufortschritt beim Rathausneubau.

"Wir dürfen den Zeitgeist von 1970 nicht durch den Zeitgeist von 2003 ersetzen". Diese klare Formel hatte der Stadtbaurat seinerzeit als Maßgabe für den Abriss der Rathaustürme und für die Entwicklung des neuen Verwaltungsbaus am Willy-Brandt-Platz vorgegeben. Viel zu häufig ließe moderne Architektur die Bezüge zu den vorhandenen Strukturen und den vor Ort vorzufindenen Maßstäblichkeiten vermissen. Das Resultat seien Solitäre, die wie Fremdkörper im Stadtgefüge wirkten. Auch die beiden inzwischen abgerissenen Bürotürme konnten als Monolite zwischen dem historischen Rathaus und dem Rathauspark nie richtige Stadträume und -kanten darstellen. Das neue Rathaus erzeuge hingegen ein Raumerlebnis und gebe dem Willy-Brandt-Platz die dringend benötigte Fassung.

In seinem knapp einstündigen Vortrag im Lesecafé verwehrte sich Stojan dagegen, Architektur nach dem Grundsatz des "New Urbanism" sei historisierend oder rückwärtsgewandt. Das Beispiel des Anbaus der Jordan-Mai-Schule in Zweckel, mit dem der Brückschlag zwischen dem alten Schulgebäude und der anschließenden Gartenstadtsiedlung gelang, war nur eines von vielen Objekten, mit denen Stojan seine Zuhörer an diesem Abend überzeugte.

Überzeugt hatte die Teilnehmer zuvor bereits eine Besichtigung der Rathausbaustelle. Unter Führung des Hochtiefbauleiters konnte sich die Gruppe einen Eindruck vom Baufortschritt und von den zukünftigen Räumlichkeiten, dem Eingangsbereich oder auch dem Bürgerbüro im Neubau verschafften.

Viele Baustellen

Während auf dieser und anderen Baustellen in Gladbeck (wie die Bebauung Bottroper Straße oder im Barbara-Dreieck) bereits erkennbare Fortschritte machen, warten andere Projekte noch auf den Startschuss. So zum Beispiel die "Neue Mitte Butendorf" mit dem Abriss des Tacke-Möbelhaus, die Neubebauung an der Phoenixstraße, die Wielandstraße oder auch das Roter-Turm-Projekt auf dem Schlachthofgelände.

„Letzter Halt: Bottrop Hauptbahnhof!“
GRÜNE warnen vor Streckenstilllegungen

Die Haushaltskürzungen der großen Koalition in Berlin könnten verheerende Auswirkungen für das Schienenangebot in Gladbeck haben. Szenarien des Verkehrsverbundes Rhein Ruhr (VRR) beinhalten das völlige Aus für die Gladbecker Bahnhöfe.

„Schon ab 2008 könnten Pendler an den Bahnhöfen West, Zweckel und Ost vergeblich auf ihren Zug warten“, so Mario Herrmann, der die Grünen in der Verbandsversammlung des VRR vertritt. Auf Vorschlag von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hat die große Koalition in Berlin eine Kürzung der Regionalisierungsmittel um insgesamt 3,3 Milliarden Euro bis 2010 beschlossen. Mit den Regionalisierungsmitteln finanzieren die Länder den Schienenverkehr. Das Land wird angesichts des eigenen desolaten Haushalts nicht als Ausfallbürge zur Verfügung stehen. „Diese gravierenden Einschnitte können weder im laufenden Betrieb noch durch Fahrpreiserhöhungen kompensiert werden“, ist Herrmann entsetzt. Die Folge würden massive Streckenstillungen sein, von denen insbesondere der nördliche Ruhrgebietsraum betroffen wäre. „Schon bei einer Kürzung um 5 Prozent kommt Gladbeck Ost unter die Räder: Die RB 43 von Dorsten nach Dortmund würde eingestellt“, so der Grünen-Politiker. „Wenn die Mittel um 20 Prozent gekürzt werden, würde kein Zug mehr in Gladbeck verkehren.“ Dann hieße es zukünftig: „Letzter Halt: Bottrop Hauptbahnhof!“

Betroffen seien dann auch

- die Streckenabschnitte der S9 zwischen Haltern und Bottrop,
- die RE 14 („Der Borkener“) zwischen Borken und Essen,
- sowie die RB 44 („Prignitzer Eisenbahn“) zwischen Dorsten und Oberhausen.

„Die Verantwortlichen in Bund und Land müssen schnell reagieren“, appelliert Herrmann angesichts dieser Szenarien an CDU und SPD. Ansonsten werde der gesamte Emscher-Lippe-Raum aufs Abstellgleis manövriert. „Wenn Gladbeck in Kürze nur noch mit dem Bus erreichbar wäre, würde das alle Bemühungen der letzten Jahre, unsere Stadt als Wohnraum auch für Berufspendler in die größeren Nachbarstädte attraktiv zu machen, völlig konterkarieren!“

→ Streichliste (pdf)

Gladbeck muss auch in Zukunft zum Zuge kommen!

Busliniennetz: Streichen oder zahlen!

Beim städtischen Busliniennetz wird es jetzt ernst: Der Kreis setzt der Stadt die Pistole auf die Brust und fordert "Streichen oder zahlen".

"Eine Frechheit" nennt das Grünenratsherr Bernd Lehmann. Nach Gutsherrenart wolle der Kreis im Hauruckverfahren den Städten eine neue Kostenumlage auferlegen. Mitsprache oder gar Mitbestimmung scheinen dem Kreis hierbei zu zeitaufwendig. Bekanntlich will der Kreis nur noch Nahverkehrsleistungen über die Kreis- und ÖPNV-Umlage bezahlen, die im Kreisvergleich als akzeptabel, notwendig und wirtschaftlich erachtet werden. Alles was darüber hinausgeht, sollen die Städte zu hundert Prozent selber zahlen. Da sich die wenigsten der klammen Städte dies leisten können, heißt das zwangsläufig Taktausdünnung und Angebotsstreichung. Zwar wird im Rahmen der Aufstellung des sogenannten Nahverkehrsplans das gesamte Busangebot im Kreis Recklinghausen neu überarbeitet, aber hierauf will der Kreis nicht warten. Auf den Linien 252, 253, 254, 257 und 258 sei der 20-Minutentakt ein Luxus, der nicht gerechtfertigt sei. Ab 2007 soll die Stadt die Mehrkosten selber tragen oder vorher den Takt auf einen Halbstunden- bzw. Stundentakt reduzieren.

"Wie stellt der Kreis sich das denn vor", ärgert sich Lehmann. "Es gibt doch Anschlüsse und Umstiegsbeziehungen, die wir sichern müssen. Man kann doch nicht bei fünf Linien den Takt ändern und alle anderen Linien unbetrachtet lassen. Das ist dilettantische Flickschusterei!".

Einer Neuregelung der Kostenumlage und kreisweiten Standards wolle man sich ja gar nicht verschließen. Die Umsetzung dürfe jedoch nicht losgelöst von der Nahverkehrsplanung erfolgen. Die Zeitplanung des Kreises sei völlig illusorisch.

"Als die Stadt Waltrop beschloss, nur noch die Hälfte der Kreisumlage zu zahlen, empörte sich Landrat Welt (SPD) über diesen Alleingang und drohte mit allen rechtlichen Konsequenzen", so Lehmann. Andersherum habe der Landrat aber weniger Hemmungen. Da schiebe man im Alleingang der Stadt einfach zusätzliche Kosten in Höhe 184.000 Euro zu.

"Wer so wenig Sensibilität an den Tag legt", meint Kommunalpolitiker Lehmann, "der braucht sich nicht wundern, wenn in den Städten die Legitimität des Kreises zunehmend in Frage gestellt wird. Der Landrat sägt an seinem eigenen Stuhl".

→ Liniennetz (pdf, 1,5 MB)

→ Appell an Landrat (pdf)

Jetzt aber GRÜN! Gegen den Schwarz-Rot-Stift bei Bus & Bahn

Aufregungsinszenierung nach typischen BIG-Schema
GRÜNE korrigieren BIG-Mann Franz Kruse

Zu den Ausführungen des BIG-Ratsherren Franz Kruse zum Baugebiet Gustav-Stresemann-Straße nimmt der Stadtverbandssprecher von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, Bernd Lehmann, Stellung:

Wieder einmal gibt BIG-Ratsherr Franz Kruse lieber den Ausschuss-Clown, als seinem Mandat als gewählter Vertreter der Bürgerschaft nachzukommen und sich an der politischen Meinungsbildung zu beteiligen. Der Robin Wood der Bürgerpartei beklagt, dass vor anderthalb Jahren Fakten geschaffen wurden, indem am Waldrand der Gustav-Stresemann-Straße Fällarbeiten durchgeführt wurden. Dabei folgt die Aufregungsinszenierung auch in diesem Fall dem typischen BIG-Schema: Während bei der B-Plan-Aufstellung den BIG-Herren der Wald noch ziemlich egal war, weint man viele Jahre später den gefällten Bäumen Krokodilstränen nach, als hätte man von all dem nichts gewusst. Zuletzt hatte Kruse im Musikschulwald den Rächer des gerodeten Baumbewuchses gespielt, nachdem er wenige Wochen zuvor noch seine Hand für die Fällarbeiten gehoben hatte.

Die Grundlagen für die Bebauung an der Gustav-Stresemann-Straße wurden bereits Ende 2003 gelegt. Damals befasste sich der Ausschuss unter Beteiligung der Bürgerschaft auch mit der Frage des Waldrückschnitts. Schon damals war klar, dass der Waldrand aufgrund der heranrückenden Bebauung zurückgeschnitten werden müsste. Das Forstamt präferierte hierfür einen „gestuften Waldaufbau“ mit Pflanzung von Niedrighölzern. Unter Hinzuziehung des Forstamtes wurden hierfür die Vermeidungs-, Minimierungs- und Ausgleichsmaßnahmen erarbeitet. Gleiches gilt für das aktuelle Änderungsverfahren, das 2004 eingeleitet wurde.

All diese Verfahren erfolgten mit Zustimmung der BIG-Politiker. Leider scheint Herr Kruse entweder von seinen Fraktionskollegen nicht informiert zu werden oder er ist mit der Arbeit im Planungsausschuss überfordert. In beiden Fällen wünscht man sich, Herr Kruse möge regelmäßig nicht an der Beratung teilnehmen und wie in der letzten Sitzung in den Zuschauerreihen Platz nehmen. Nur sein theatralisches Skandal-Gezeter möge er uns bitte ersparen.

→ Beispiel Musikschulwald

Nach jeder Zustimmung zur Wald-Rodung vergießen die BIG-Männer hinterher große Krokodilstränen

Tonnenweiser Einsatz von Streusalz löst Kritik aus

Über 1.200 Tonen Salz hat die Stadt im vergangenen Winter auf Straßen und Wegen gestreut. Über den Winterdienst und dessen Umweltauswirkungen wollen die Grünen jetzt im Umweltausschuss diskutieren.

"Durch Streusalz werden Bäume und Sträucher massiv geschädigt", begründet Ratsherr Bernd Lehmann den Antrag seiner Fraktion. Salzgeschädigte Bäume wiesen typische Symptome auf: Späterer Austrieb im Frühjahr, kleinere Blattoberflächen und Nekrosen an Blatträndern und Spitzen, frühere Verfärbung und Laubabfall im Herbst. Im Boden könne der Einsatz von Streusalz zur Verschlämmung und Verdichtung führen. Dies habe zur Folge, dass die Wasserbeweglichkeit gehemmt und die Durchlüftung verringert wird. Aber nicht nur die Vegetation leide unter dem Salz. Tiere bekämen wunde Pfoten, das Salz greife Schuhe, Kleidung, Straßen- und Fußbodenbeläge, Metall und Beton an.

Die Straßenreinigungssatzung untersagt daher grundsätzlich die Verwendung von Streusalz. Dennoch seien auch viele Bürger dem Vorbild der Stadtverwaltung gefolgt und hätten unter zum Teil großzügiger Verwendung von Tausalzen ihre Gehwege von Schnee und Eis befreit. "Wie beliebt Streusalz inzwischen wieder ist, sieht man schon an den Auslagen in den Baumärkten, wo sich das Salz säckeweise als Angebot vor den Eingängen und Kassen stapelt", meint Lehmann.

In den letzten Jahren habe man mit großem Aufwand Alleen überall im Stadtgebiet gepflanzt und gepflegt. Auch vor diesem Hintergrund fordern die Grünen eine aktuelle Debatte über den Einsatz von Tausalzen.

→ zum Streusalz-Antrag

Das Umweltbundesamt appelliert an die Kommunen und die Bürger, beim Winterdienst auf den Einsatz von Streusalz so weit wie möglich zu verzichten. Denn: Streusalz schädigt Bäume, beschleunigt die Korrosion von Autos und Brücken und belastet die Böden und das Grundwasser. Studien haben gezeigt, dass mehr Streusalz durchaus nicht mehr Verkehrssicherheit bedeutet. Schneeräumen und das Streuen von salzfreien, abstumpfenden Mitteln wie Sand oder Splitt haben die gleiche Wirkung, schädigen aber die Umwelt nicht. Nur auf besonders gefährlichen und verkehrswichtigen Straßenabschnitten, wie beispielsweise starken Steigungen oder verkehrsreichen Kreuzungen, sollte Salz eingesetzt werden. Um größere Schäden in der Umwelt zu vermeiden, sollte aber die Richtgröße von zehn Gramm Salz pro Quadratmeter und pro Streugang nicht überschritten werden. Auf Gehwegen ist die Verwendung von Auftaumitteln ohnehin unzulässig.

„Durch Streusalz werden Bäume und Sträucher massiv geschädigt!“

„Mechanischer Schneeräumung“ ist der Salzstreuung vorzuziehen

Gladbeck-Kaffee: Fair schmeckt besser

Unter dem Motto „Der Pott kocht fair“ gibt es in der Gladbeck Information des Rathauses fair gehandelten Kaffee zu erwerben.

Der Kaffee ist ein sortenreiner Hochland-Arabica Kaffee mit mildem, aromatischem Geschmack. Durch natürliche Trocknung und schonende Langzeitröstung wird die gute Qualität sichergestellt. Ein Genuss, den man sich nicht nur zu Ostern gönnen sollte. Mit dem Kauf dieses Kaffees werden Kaffeebauern in Kolumbien unterstützt. Sie können so ihrer Armut entfliehen, denn Ihnen wird ein gerechter Lohn für ihre Arbeit gezahlt. Zudem werden so viele Bauern vor den Verlockungen des illegalen Drogenanbaus bewahrt. Der beliebte Agenda-Kaffee, den es für nur 3,50 Euro in der Gladbeck Information des Rathauses, Zimmer 19, und in der Humboldt-Buchhandlung gibt, ist auch ein willkommenes Geschenk zu Ostern. Passend zu Ostern wird der Kaffee in einem dekorativ eingepackten Set, bestehend aus einem 250-Gramm Kaffeepaket und einer dazugehörigen Tasse, für nur 5,50 Euro angeboten.

→ TansFair.org

Gentechnikfreie Landwirtschaft im Kreis Recklinghausen

[Kreis] **Zunehmend entscheiden sich die Landwirte in verschiedenen Regionen Deutschlands bewusst gegen den Einsatz der Gentechnik und schließen sich hierzu zu Gentechnikfreien Regionen zusammen.**

Angesichts der Ablehnung der Gentechnik durch die Verbraucherinnen und Verbraucher können Landwirte durch Deklaration ihrer Produkte als „gentechnikfrei“ ihre Produkte besser vermarkten. Diese Idee

wollen nun die Grünen im Kreistag aufgreifen. In einem Antrag fordern sie den Kreis auf, Verhandlungen mit den Landwirten im Kreis aufzunehmen, um eine entsprechende freiwillige Vereinbarung zu erreichen.

Der Kreis selbst könne da mit gutem Beispiel voran gehen, so Sabine von der Beck für die Grünen. Ein entsprechender Beschluss für die Bereiche, in denen der Kreis zuständig ist, wurde deshalb ebenfalls in den Antrag mit aufgenommen.

→ Gentechnikfreie Regionen

Die Kommunen nicht im Regen stehen lassen!

Die CDU will die Landesmittel für die Kinder- und Jugendarbeit empfindlich kürzen. *Gegen* diese Pläne und *für* die beiden Volksinitiativen, die sich für die Beibehaltung der gesetzlich zugesicherten Kinder- und Jugendförderung einsetzen, haben Bündnis 90/Die Grünen - wie andere Gruppen und Initiativen auch - Unterschriften gesammelt.

"Nun möchten wir gerne ganz genau wissen, wie sich die geplanten Mittelkürzungen in Gladbeck auswirken würden", meint Simone Steffens, Mitglied im Jugendhilfeausschuss. "Besonders schlimm finden wir die Senkung der Sachkostenpauschale, die den Kindertagesstätten zur Verfügung steht, sowie den Wegfall der Ausgleichszahlungen des Landes, falls die Quote von 19 %, die durch die Beiträge der Eltern zu berappen sind, unterschritten wird. Damit sind strukturschwache Kommunen, deren Einwohner in der Regel weniger Geld aufbringen können als im Münsterland oder in der Landeshauptstadt, besonders im Nachteil: Anstatt Bildung von Anfang an zu unterstützen und berufstätigen Müttern einen preiswerten Betreuungsplatz für ihre Kinder anbieten zu können, wird von der Landesregierung das Gegenteil getan!"

Dabei unterstützen die Grünen ausdrücklich das Ansinnen, Plätze in Kindertagesstätten möglichst preiswert und ab jedem Alter anzubieten. "Aber hier darf nicht nur gefordert werden und die Kommunen bleiben dann auf der Rechnung sitzen", ergänzt Mario Herrmann, Fraktionsvorsitzender, "der Bund und die Länder sind gefordert, den Worten Taten folgen zu lassen. Die Finanzierung von Betreuungsplätzen durch Bund und Länder muss künftig sogar ausgeweitet werden. Das ist für uns auf der Prioritätenliste ganz oben - denn je früher eine qualifizierte Betreuung einsetzt, desto höher die Chancen für einen guten Schulabschluss." Vorhandene Defizite zum Beispiel im Sprachbereich können nur so früh erkannt und ausgeräumt werden. Man erweise gerade der Förderung von Kindern aus allen Schichten ein Bärendienst, wenn man hier die Schraube ansetzt.

Die Sozialpädagogin **Simone Steffens** vertritt Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Jugendhilfeausschuss.

→ zur Anfrage

Keine Kürzungen bei der Kinder- und Jugendarbeit !

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Gladbeck

V.i.S.d.P. Bernd Lehmann
Stadtverbandssprecher
Rentforter Straße 43 a
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12
Fax: 0 20 43 / 2 17 76
E-Mail: info@gruene-gladbeck.de

Grün wirkt!

ALLE INFOS FINDEN SIE IM NETZ UNTER
WWW.GRUENE-GLADBECK.DE

Zu diesem Newsletter:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

→ **anmelden:** gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de

→ **abmelden:** gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

Dokumentation zum Gladbecker Umweltpreis

Ab sofort gibt es kostenlos die neue Dokumentation zum Gladbecker Umweltpreis 2005.

Darin sind alle Projekte und Aktionen zum Thema Natur- und Umweltschutz zusammengefasst, die im Rahmen dieses Wettbewerbes im letzten Jahr eingereicht wurden. Diese Dokumentation belegt, wie engagiert die Gladbecker Bürgerschaft im Bereich Natur- und Umweltschutz ist und wie vielfältig man sich in diesen Bereichen betätigen kann. Sie stellt die durchgeführten Projekte des Jahres 2005 dar und gibt gleichzeitig Anregungen zum eigenen Handeln zu Gunsten unserer Umwelt. Allen Wettbewerbsteilnehmern wurde die Dokumentation bereits zugeschickt.

Für alle anderen Interessierten hält das Referat für Umwelt und Lokale Agenda 21 im Rathaus der Stadt Gladbeck, Willy-Brandt-Platz 2, Zimmer 19 und Zimmer 111, die Dokumentation bereit. Dort sind auch die Dokumentationen aus früheren Jahren kostenlos erhältlich.

Gleichzeitig weist das städtische Umweltreferat darauf hin, dass auch in diesem Jahr der Umweltpreis wieder ausgeschrieben wird. Der Umweltpreis 2006 ist mit 7.000 Euro dotiert. Privatpersonen, Gruppen, Kindergärten oder auch Unternehmen können sich um den Gladbecker Umweltpreis bewerben.